

Mahnwache gegen Nazisymbolik: Warum Menschen in Nienhagen protestieren

Im Ostseebad Nienhagen findet fast jeden Montag eine Mahnwache in der Strandstraße statt. „Nein zu schleichender Nazifizierung“ steht auf einem Schild. Anlass ist das Autokennzeichen eines Nienhagers und ein Schriftzug auf dem Auto, der Bezug zum Nationalsozialismus herstellen lässt.



Mahnwache im Ostseebad Nienhagen: Die Bürger zeigen Protest gegen Nazisymbole, die ein Bürger auf seinem Auto angebracht hat. Quelle: Anja Levin

Nienhagen

„Mahnwache, jeden Montag 17 bis 18 Uhr, keine Nazisymbole in unserem Ort“, steht auf dem Schild von Marita Hensel-Staemmler. Zusammen mit acht anderen Nienhägern steht sie am Montag vor einem Haus in der Strandstraße des Ostseebades. Seit Ende Juni halten sie hier fast jede Woche Mahnwache. Nicht nur das: Die Gemeindevertretung haben sie zu einer Stellungnahme aufgefordert, beim Landkreis Rostock Anzeige gegen den Halter eines Fahrzeuges erstattet.

Anlass für den stillen Protest ist ein Auto, das vor diesem Haus parkt. Es trägt im Kennzeichen „AH 204“, was in der rechtsextremistischen Szene für Adolf Hitler und sein Geburtsdatum steht. Und nicht nur das gebe Hinweise auf die Gesinnung des Mannes: „Auf dem Fahrzeug steht ‚Führerhaus‘ in einem Schriftzug, den man im Nationalsozialismus verwendet hat“, so Hensel-Staemmler.

Das Fahrzeug steht bereits seit 2013 in Nienhagen. Doch die Europawahl im Mai sei ausschlaggebend für die Mahnwache gewesen. „Wir hatten im Ostseebad mehr als 22 Prozent AfD- und NPD-Wähler – das hat uns die Erkenntnis gebracht, dass wir das nicht hinnehmen wollen“, sagt die Nienhägerin. „Wir sind ein Ort, in dem alle zufrieden leben können. Es gibt keinen Grund, hier rechtsradikales Gedankengut zu

haben.“ Die AfD sei für sie eine rechte Partei: „Die fremdenfeindlichen Äußerungen der Mitglieder der AfD sind für mich nicht akzeptabel.“

Gemeindevertretung nimmt Stellung

Marita Hensel-Staemmler hat die Gemeindevertreter zu einer Stellungnahme aufgefordert. In der jüngsten Sitzung sagte sie während der Bürgerfragestunde an Bürgermeister Uwe Kahl (CDU) gerichtet: „Meine Erwartungen an Sie war, dass Sie sich öffentlich gegen die Nazisymbole am Fahrzeug des Autobesitzers Ecke Strandstraße bekennen und sich öffentlich abgrenzen zu den rechten Inhalten der AfD.“ Es gehe ihr auch darum, dass die Bürger des Ortes erfahren, dass es möglich und notwendig sei, sich von rechtsextremen Symbolen und Meinungen abzugrenzen. „Ich glaube nicht, dass es für die Mehrheit unserer Mitbürger normal ist, dass jemand an seinem Auto den Geburtstag eines Massenmörders und Kriegstreibers würdigt.“

Bürgermeister sieht keine Möglichkeit, gegen Symbole vorzugehen

Bürgermeister Uwe Kahl (CDU) verlas daraufhin die Stellungnahme der Gemeindevertretung. Darin verwies er darauf, dass keine Sperrung für dieses Kennzeichen vorliege. „Die auf dem Fahrzeug des Einwohners angebrachten Symbole sind vermutlich als Ausdruck der politischen Gesinnung des Halters zu sehen“, sagte Kahl. Diese falle nach jetziger Kenntnis aber unter kein Verbot. „Sofern kein strafrechtlich relevantes Verhalten des Einwohners vorliegt, sehen wir keine Möglichkeit, gegen die genannten Symbole, in welcher Art auch immer, vorzugehen.“ Die Gemeindevertretung bedaure, dass die rechtliche Situation das Führen dieses Kennzeichens möglich mache, sagte Kahl und stellte klar: „Grundsätzlich grenzen wir uns von jeglichen neonazistischen und rechten Ritualen und Inhalten ab.“

Verständnis und Kopfschütteln für Mahnwache

Als einziger Gemeindevertreter ist Frank Philipp (Linke) bei den Mahnwache am Montag dabei, nicht zum ersten Mal: „Ich möchte Farbe bekennen und sagen, was ich denke. Die Bürger sollen sehen, dass es Leute gibt, die offen dagegen sind.“

Nicht alle haben offenbar dafür Verständnis. Einige Autofahrer fahren kopfschüttelnd vorbei. Andere jedoch heben auch den Daumen. „Wir haben in den vergangenen Wochen interessante und konstruktive Gespräche geführt“, sagt Martin Staemmler.

Karen Roeske sieht es als Notwendigkeit an, sich an der Aktion zu beteiligen – „um zu zeigen, dass hier keine Nazis auftreten können, weder mit Sprache noch mit Symbolen. Für mich ist es wichtig, dass ich als kleine Person dagegen aufstehe.“ Thomas Engelhardt steht auch an der Strandstraße: „Wir müssen deutlich machen, dass hier eine Grenze überschritten wird. Wir wollen das Gespräch suchen.“

Zu diesem kam es bisher nicht. Auch als die OSTSEE-ZEITUNG klingelte, öffnete niemand die Tür.

Forderung: Kennzeichen einziehen

Marita Hensel-Staemmler hat sich mit einer Anzeige gegen den Halter an den Landkreis Rostock gewandt. „Für einen Entzug des Kennzeichens oder eine zwangsweise Stilllegung des Kfz bestehen derzeit keine Anhaltspunkte“, teilt Landkreissprecher Michael Fengler mit. Das Kennzeichen werde bereits seit 2012 genutzt. Bei jeder Anzeige werde jedoch eine Anfrage an die Polizei gestellt. Diese habe ergeben, „dass keine Hinweise oder Kenntnisse über den Fahrzeughalter vorliegen, die auf eine möglicherweise rechtsextremistische Gesinnung schließen lassen“. Die Zulassungsbehörde könne daher nicht von einer gewollten missverständlichen Botschaft des Betroffenen ausgehen.

Der Polizei seien Autokennzeichen und Symbole bekannt, teilt Polizeisprecherin Stefanie Busch mit: „Sie sind an sich strafrechtlich nicht relevant.“ Handlungsbedarf gebe es nicht.